

Beschluss (vorläufig)

D – Was Freiheit schützt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.11.2023
Tagesordnungspunkt: EP-FH Was Freiheit schützt

Antragstext

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Demokratie. Die
2 Europäer*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und Unterdrückung errichtet. Heute
3 garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen reisen können, wo uns früher Stacheldraht,
4 Mauern und Schlagbäume trennten. Sie sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo noch vor
5 wenigen Jahrzehnten Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie garantiert, dass
6 alle Bürger*innen der EU ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene bis
7 nach Brüssel.

8 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt zusammen und
9 bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als Chance zu begreifen;
10 Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das verbindende Element zu suchen, statt
11 das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts anderes ist Gründungsgedanke der EU.

12 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie wollen wir
13 stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor nationalen Grenzen nicht
14 Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie autoritäre
15 Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen. Die EU ist in der Verantwortung, durch
16 Koordination und starke eigene Institutionen den Schutz zu bieten, den die Bürger*innen zu
17 Recht erwarten – zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher Verlässlichkeit das
18 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.

19 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das ist gut,
20 denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der drängenden Probleme
21 unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem demokratischen Prozess
22 bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische Parlament, dessen Rechte wir erweitern
23 wollen. So schaffen wir die Grundlage für eine föderale europäische Republik mit einer
24 eigenen Verfassung. Auch wenn Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam und langwierig
25 sind, so stellen sie doch einen großen Wert da: Mit der Kraft des Wortes und der Diskussion
26 steht am Ende oft ein Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt,
27 aber alle weiterbringt. Dafür stehen wir ein.

28 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische Einigung
29 seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, gehört zu den größten politischen Erfolgen der
30 Weltgeschichte. Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von Extremist*innen aller Art:
31 Wer meint, dass Frauen nicht die gleichen Rechte haben sollten wie Männer, wer freie Medien
32 mundtot machen will, wer seine Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will –
33 für den ist die EU ein Dorn im Auge.

34 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu schützen,
 35 die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten, wenn wir sie ausbauen.
 36 Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die besten Ideen in einen fairen
 37 Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten können. Wir wollen die
 38 Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger*innen Sicherheit und gleiche Rechte bietet.
 39 Wir wollen eine EU, die für ihre Bürger*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese über das
 40 Europäische Parlament noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen, dass die EU
 41 auch im Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor Orbán, die nötige
 42 Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt, sollte nicht
 43 gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren können.

44 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser Grundwerte – und eine
 45 Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für die Rechte von
 46 Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in vielen Lebensbereichen benachteiligt ist,
 47 solange ist unsere Demokratie nicht vollständig. Und auch solange trans, inter und
 48 nichtbinäre Menschen diskriminiert werden, können noch nicht alle gleichberechtigt
 49 teilhaben. Autoritäre Kräfte innerhalb und außerhalb Europas stellen unseren Zusammenhalt
 50 indes infrage, indem sie einzelne Gruppen zum Feindbild erklären. Das schwächt uns alle und
 51 droht unseren Kontinent zu spalten. Dem treten wir entschieden entgegen. Ein vielfältiges
 52 Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt dafür, dass alle beitragen und teilhaben können. Wir
 53 stehen fest an der Seite all jener, die ausgegrenzt und diskriminiert werden. Und weil wir
 54 die EU als Vorreiterin einer wertegeleiteten Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie
 55 und Rechtsstaatlichkeit auch im Netz sichern.

56 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen dabei
 57 glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen, die nach Europa
 58 kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die Lage an den europäischen
 59 Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität und Ordnung im Umgang mit
 60 Geflüchteten. Wir wollen Schutz bieten für Menschen, die vor Krieg und politischer
 61 Verfolgung fliehen müssen. Wir wollen Einwanderung so gestalten, dass diejenigen, die als
 62 Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder Erntehelfer zum Erfolg unserer
 63 Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten können. Migration ist nicht nur
 64 Triebfeder für Fortschritt, sie ist auch eine Kraftanstrengung. Menschen kommen nach Europa
 65 mit unterschiedlichen Perspektiven, Erfahrungen und Gesellschaftsbildern. Wir wollen uns
 66 dieser großen Herausforderung politisch stellen. Damit das gelingt, braucht es die
 67 Bereitschaft, gemeinsam Einwanderungsgesellschaften auf Grundlage europäischer
 68 Wertvorstellungen zu gestalten. Das gilt für die Menschen, die hier leben, ebenso wie für
 69 diejenigen, die nach Europa kommen und teilweise völlig andere Wertvorstellungen haben.

70 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein, Gemeinschaft
 71 soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen hinweg. Wir setzen uns ein
 72 für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres Zusammenwachsen unseres Kontinents
 73 versteht. Für einen Kontinent, in dem die Menschen in Freiheit und unter demokratischen
 74 Werten sicher leben. Für eine EU, die ein Zuhause bietet und sich nicht abschottet. Dieses
 75 Europa wollen wir sein.

76 **1. Demokratische Institutionen**

77 **Rechtsstaatlichkeit verteidigen**

78 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit
 79 einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das Fundament der EU. Wenn Regierungen in
 80 Mitgliedstaaten diese Wertebasis systematisch aushöhlen, indem sie die Unabhängigkeit der
 81 Justiz – die erste Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der Opposition und
 82 Zivilgesellschaft beschneiden, freie Medien bekämpfen, Frauen-, Minderheiten- und LGBTIQ*
 83 Rechte einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür und Tor öffnen,

84 bereiten sie den Weg für Diskriminierung. Damit schwächen sie die EU. Deshalb ist es
85 unverzichtbar, dass die bestehenden Rechtsstaatsinstrumente konsequenter und schneller
86 genutzt und weiterentwickelt werden.

87 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, soll allen hier lebenden Menschen Schutz
88 bieten.. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht beschränkt, ist ihre
89 Schutzwirkung bislang begrenzt. Das wollen wir ändern: Sie soll auch für rein nationales
90 Handeln der Mitgliedstaaten gelten und dort einklagbar werden. Wenn eine Regierung die
91 Grundrechte ihrer Bürger*innen verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer Ebene belangt
92 werden können. Auch die Durchsetzbarkeit der Urteile des Europäischen
93 Menschenrechtsgerichtshofs, der über die Einhaltung der Europäischen
94 Menschenrechtskonvention wacht, wollen wir innerhalb der EU stärken.

95 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage der
96 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir mehr Gewicht
97 verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die Zivilgesellschaft gezielter
98 bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu erhöhen, setzen wir auf verbindliche
99 Reformvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, die perspektivisch
100 sanktionsbewehrt werden müssen. Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen Parlament müssen
101 zur Regel werden und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel
102 7, das in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts führen kann,
103 soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die Mitgliedstaaten im
104 Rat der EU (Ministerrat) und im Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr
105 mit Konsens, sondern mit qualifizierter Mehrheit abstimmen.

106 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer
107 Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch europäischer Steuergelder
108 etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und Vetternwirtschaft zugunsten bestimmter
109 Parteien wirksam zu stoppen, darf die Überprüfung nicht allein stehen bleiben. Auch eine
110 wirksame Gewaltenteilung und die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind entscheidend.
111 Deshalb erweitern wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der Grundrechtecharta. Das
112 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise eingefroren
113 werden.

114
115 Bei Vertragsverletzungsverfahren setzen wir auf klare Regeln und mehr Transparenz. Die
116 Kommission wird ihrer Rolle als Hüterin der Verträge dann gerecht, wenn Recht eingehalten
117 wird. Verspätete Durchsetzung von EU-Recht schadet allen.

118 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat, Kommission und
119 Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig verstärkende Anwendung aller
120 Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen Erkenntnisse führen wir zu einer gemeinsamen
121 Bewertungsgrundlage zusammen. Um einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren, den alle
122 Mitgliedstaaten akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert*innen-Kommission, die die
123 EU-Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel erhalten, müssen
124 sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu kooperieren. Bei
125 Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den Kommunen die Leidtragenden
126 sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer finanziellen Verantwortung stehlen und lieber
127 mit dem Finger nach Brüssel zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt unterstützt werden
128 können.

129 **Mehr Demokratie wagen**

130 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe
131 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter stärken. Das
132 Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt sein und wie

133 jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze beschließen, etwa in der Steuer- oder
134 Sicherheitspolitik. Es soll ein vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig
135 Gesetze auf den Weg bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen, Untersuchungsausschüsse
136 einzuberufen und Zeug*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf Vorschlag der
137 Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und im Notfall wieder
138 entlassen können.

139 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es mehr
140 Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und die Positionen
141 der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht werden.

142 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen Verfassung. Das
143 Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil
144 der gesetzgebenden Gewalt werden.

145 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass alle
146 Parteien Spitzenkandidat*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt das Europäische
147 Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin der Kommission. Zudem sind
148 bei der Europawahl bislang nur Kandidat*innen aus dem jeweils eigenen Land wählbar. Das
149 wollen wir im Sinne eines grenzüberschreitenden Wahlkampfes ändern. Ein Teil der Abgeordneten
150 soll zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über europäische
151 transnationale Listen bestimmt werden. Auch in den bleibenden nationalen oder regionalen
152 Wahlkreisen soll die Europa-Parteizugehörigkeit nationaler Parteien klar erkennbar werden.
153 Wir treten außerdem dafür ein, dass das Europäische Parlament Frauen und unterrepräsentierte
154 Gruppen besser abbildet.

155 Wir treten dafür ein, Wahlhürden zu senken. Wer dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt in der EU
156 hat, muss sich dort auch politisch einbringen können. Unionsbürger*innen sollen an ihrem
157 ständigen Wohnsitz in der Union mitwählen können, und nicht nur für Kommunalparlamente und
158 das Europäische Parlament, sondern auch bei regionalen und nationalen Wahlen. Wer in
159 Deutschland dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben, hier an
160 allen Wahlen, Abstimmungen und demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen.

161 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die Einführung
162 des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein großer Erfolg. Wir wollen,
163 dass Jugendliche besser an politischen Prozessen beteiligt werden. Deshalb werden wir auf
164 Basis einer unmittelbar an die Europawahl anschließenden Evaluation das Wahlalter ggf.
165 weiter absenken.

166 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger*innen im Europäischen Parlament wollen
167 wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen. Im Parlament werden wir darüber
168 hinaus darauf hinwirken, dass den Abgeordneten mehr Zeit für die Arbeit in ihren
169 Heimatregionen zur Verfügung steht, um vor Ort ansprechbar zu sein.

170 Mit dem Europäischen Bürger*innenforum, das erstmals in dieser Legislatur als
171 Zukunftskonferenz stattgefunden hat, können europäische Bürger*innen, die nach dem
172 Zufallsprinzip und repräsentativ aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in
173 einem Bürger*innen-Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Wir wollen dieses
174 Instrument fest verankern, digitale Teilnahme ermöglichen und setzen uns dafür ein, dass die
175 Vorschläge der Bürger*innen auch umgesetzt werden.

176 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger*innen direkt ein Thema auf die
177 Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir erweitern, verbindlicher und
178 bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss zwingend innerhalb eines Jahres ein
179 Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission folgen und dem Europäischen Parlament sowie

180 dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Initiator*innen einer EBI sollen als
181 Zwischenschritt auch ein Europäisches Bürger*innenforum einberufen können.

182 **Handlungsfähiger werden**

183 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige EU
184 angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen
185 Entscheidungen schneller ermöglichen, etwa durch Anwendung der Passerelle-Klausel. Wo bisher
186 noch Einstimmigkeit zwischen den Staaten erforderlich war und Entscheidungen deshalb leicht
187 blockiert werden konnten, soll in Zukunft mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden.
188 Dabei ist es wichtig, dass die Interessen kleinerer Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden
189 und respektiert werden.

190 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten
191 Zusammenarbeit besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe von mindestens neun EU-
192 Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu kooperieren und gemeinsam Projekte
193 anzustoßen. Damit können sie schneller wichtige Projekte auf den Weg bringen. Wichtig für
194 uns: Dabei soll das Europäische Parlament einbezogen werden – und alle anderen
195 Mitgliedsländer sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen können.

196 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und zeitnah in die
197 Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für die wir eintreten, bedarf
198 einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent unter der Einbeziehung von EU-
199 Bürger*innen einberufen. Dieser soll die Empfehlung der wegweisenden Konferenz zur Zukunft
200 der EU einbeziehen. Hier waren Bürger*innen maßgeblich an der Formulierung von neuen
201 Perspektiven für die EU beteiligt.

202 **Korruption bekämpfen**

203 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen, jeder Anschein käuflicher Politik richtet
204 Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im Europäischen Parlament, in der
205 Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit demokratischer Prozesse und das Vertrauen in
206 die EU zu stärken. Wir machen Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle sichtbar.
207 Mit dem Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist das
208 dringlicher denn je. Die Ausweitung der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung- und
209 bestechlichkeit auf EU-Ebene unterstützen wir.

210 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei
211 rechtskräftig festgestellten Verstößen müssen finanzielle Strafen zügig durchgesetzt werden.
212 Mit einem für alle EU-Institutionen, auch den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf
213 allen politischen Ebenen offen, wer in den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen, die
214 auf die Gesetzgebung Einfluss ausüben, machen wir durch einen „legislativen Fußabdruck“
215 sichtbar, der umfassend nachvollziehbar macht, welche Positionen im Gesetzgebungsprozess
216 eingebracht wurden.

217 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige Ethikbehörde
218 ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle durchsetzt. Beim Wechsel
219 zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare Karenzzeitregeln, die an
220 Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren Kontrolle. Dass Europaabgeordnete jetzt
221 ihre Vermögensverhältnisse gegenüber dem Parlament und Ermittlungsbehörden offen legen
222 müssen, erschwert Korruption. Wir wollen dies transparent machen, so wie es bereits in
223 vielen Mitgliedstaaten der Fall ist.

224 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag- und
225 Geldgeber*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei
226 der Nutzung persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness im
227 demokratischen Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und Onlinehass.

228 Der rechtliche Rahmen zur Einziehung von Vermögenswerten, die durch Korruption erworben
229 wurden oder aus Erträgen, die aus diesem illegalen Vermögen stammen, soll weiter gestärkt
230 werden.

231 **2. Feminismus**

232 **Europa zum Motor für Frauenrechte und Gleichstellung machen**

233 Wir wollen ein Europa, in dem alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht, selbstbestimmt leben
234 und gleichberechtigt teilhaben können. Strukturelle Benachteiligung und
235 geschlechterspezifische Diskriminierung hindern insbesondere Frauen, trans, inter und
236 nichtbinäre Menschen daran. Unsere Antwort darauf ist ein Feminismus, der alle Menschen und
237 Mehrfachdiskriminierungen in den Blick nimmt.

238
239 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt leben können.
240 In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft – überall gibt es noch viel zu
241 tun. Oft war Europa die Vorreiterin für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter.
242 Doch rechte und rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere Errungenschaften
243 ins Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen aus dem
244 Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf
245 Schwangerschaftsabbruch, sind Menschenrechte und müssen für alle und in allen
246 Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten. Doch gerade die reproduktiven Rechte von Frauen,
247 insbesondere aus marginalisierten Gruppen, wie zum Beispiel queeren Frauen, werden offen
248 infrage gestellt. Errungenschaften im Kampf gegen Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt und
249 die Rechte von trans, inter und nichtbinären Menschen in Frage gestellt. Dem treten wir mit
250 aller Macht entgegen.

251 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf unserem
252 Kontinent wird. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle Politikbereiche der Union
253 ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European Institute for Gender Equality) stärken und
254 ausbauen. Dafür braucht es größeres Wissen, mehr Daten und wissenschaftliche Expertise. Auch
255 deshalb werden wir die Gender-Studies weiter fördern und gegen Angriffe verteidigen.

256 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig und
257 umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in der kommenden
258 Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen Schritten in Sachen
259 Gleichberechtigung voranzukommen.

260 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Wir wollen
261 auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen stärkt. Dazu
262 gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf körperliche Selbstbestimmung
263 sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle sichergestellt sind. Wir wollen den
264 uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle Beratung zur
265 Familienplanung ist die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss breit in der
266 EU verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-
267 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir. Der Zugang zu Monatshygieneprodukten ist
268 Teil einer guten Gesundheitsversorgung. Deshalb wollen wir ihn verbessern.

269 **Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen**

270 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Als
271 Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen schaffen sie
272 Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am Arbeitsmarkt hilft
273 Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum Beispiel Altersarmut zu
274 vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch politisch den Weg ebnen.

275 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von Frauen,
276 klafft in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent, in Deutschland sogar

277 bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der Lohntransparenzrichtlinie ein
278 großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch Auskunftsansprüche und Berichte,
279 Entschädigungsansprüche bei geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und stärkt so die
280 Rechte der Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese
281 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich müssen
282 sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, durch
283 bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die gerechtere Verteilung von
284 bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern verbessert werden.

285 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen
286 und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen Rat eine
287 Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern partnerschaftlich ermöglichen,
288 Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Mit der Familienstartzeit, die
289 Partner*innen nach der Geburt eine 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht, wird die
290 Bundesregierung hier einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der
291 partnerschaftlichen Arbeitsteilung unterstützen. Wir dringen weiter auf die Umsetzung und
292 Ausweitung dieser Richtlinie. So wollen wir vor allem Väter dazu ermutigen, Elternzeit zu
293 nehmen. Eine gute und partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine
294 effektive Maßnahme, um dem existierenden Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von
295 Frauen entgegenzuwirken. Denn: Viele Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer
296 wünschen sich, Familienaufgaben paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber
297 nicht zu.

298 Besonders auffällig ist der europaweit geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der
299 sogenannten MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Auch wenn hier die Zahl der
300 Studienanfängerinnen steigt, spiegelt sich das nicht in den wissenschaftlichen Laufbahnen
301 wider. Das muss sich ändern, denn angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels ist es
302 geradezu fahrlässig, auf dieses Potenzial zu verzichten. Entsprechend wollen wir Frauen und
303 Mädchen aktiv fördern und damit zeitgleich das Arbeitskräfteangebot für den MINT-Bereich
304 verbessern. Außerdem fordern wir auf EU-Ebene bessere Finanzierungsmöglichkeiten für
305 Darlehen und Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen durch
306 EU-Fonds und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu bestehenden Fonds,
307 aber auch zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

308 **Gewaltschutz durchsetzen**

309 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Betroffenen von
310 geschlechtsbasierter Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen Frauen
311 sowohl durch präventive Maßnahmen verhindert als auch verfolgt und verurteilt wird. Ein
312 wichtiger Baustein dafür ist die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen - insbesondere von
313 Müttern und ihren Kindern, da sie die Trennung von gewalttätigen Partnern erleichtert und
314 somit eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-
315 Konvention ist das erste Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur
316 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die
317 Initiative der Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis
318 heute aber haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn,
319 Lettland, Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht ratifiziert. Deshalb ist es
320 ein großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und ohne Ausnahmen der Istanbul-Konvention
321 beigetreten ist. Wir wollen, dass alle Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz von Frauen
322 mindestens den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem erläuternden Bericht
323 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen für Betroffene
324 sowie Notrufstellen. Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume,
325 insbesondere
326 auch für trans, inter und nichtbinäre Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden. Nun

327 muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und
328 häuslicher Gewalt zügig verabschiedet und umgesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
329 die Istanbul-Konvention auch im Hinblick auf die Schutzbedarfe von trans, inter, lesbischen
330 und nichtbinären Menschen umgesetzt wird.

331 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres Ehemanns
332 oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Damit
333 diese Frauen ihr Recht leichter einfordern und durchsetzen können braucht es
334 niedrigschwelligen Zugang zu geschulter mehrsprachiger Beratung und unterstützender
335 Hilfestrukturen.

336 Auch Sexarbeiter*innen brauchen Rechte und Schutz vor Gewalt, Stigmatisierung und
337 Kriminalisierung.

338 **Frauenrechte stärken und Menschenhandel bekämpfen**

339 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir durch ein
340 gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die verbreitetste Form des
341 Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Betroffene werden
342 gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten. Mehr als
343 die Hälfte der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in der EU sind
344 EU-Bürger*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

345 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung und zum
346 Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen stärken. Um Frauen
347 besser vor Menschenhandel und vor Gewalt zu schützen, wollen wir ihre Rechte stärken. Dies
348 tun wir, indem wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-Opferschutz-Richtlinie dafür
349 stark machen, dass alle Opfer von Straftaten besser geschützt werden. Wir wollen den Zugang
350 zu Informationen über Opferrechte stärken sowie eine gute Koordination zwischen den
351 Mitgliedstaaten, öffentlichen Stellen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei muss der
352 Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel abzuschieben, ist
353 falsch. Stattdessen wollen wir sie durch dauerhafte Bleiberechte und Schutzprogramme
354 schützen. Dies würde auch zu einer Erhöhung ihrer Anzeige- und Aussagebereitschaft führen
355 und die Strafverfolgung der Täter*innen erleichtern.

356 **Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen**

357 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nicht
358 angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in Europa müssen wir
359 immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen zu finden. Wir
360 begrüßen, dass die Richtlinie zu Führungspositionen nun endlich in Kraft treten konnte. Die
361 Kommission muss nun durch regelmäßige Überprüfungen das Erreichen der entsprechenden Quoten
362 sicherstellen. Denn verbindliche Quoten sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in
363 Wirtschaft und Politik geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU
364 selbst. Auch die Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

365 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen wir ein
366 effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-Haushalt durchsetzen. Es
367 ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für alle Geschlechter aufzustellen: In der
368 neuen Haushaltsordnung ist nun festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern nach
369 Geschlechtern transparent gemacht wird. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Transparenz
370 auch in den Verhandlungen mit dem Rat stark gemacht und in der Haushaltsordnung für alle
371 Fördermittel festgelegt wird. Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der
372 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission eine
373 Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die Gleichstellung entwickelt.
374 Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert werden. Aufgrund der neuen Datenlage
375 muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen geschlechtergerecht gestaltet werden.

3. Europas Vielfalt

Zivilgesellschaft stärken

Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener Menschen aus. Queere und nicht-queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist*innen und religiöse Menschen, Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven ein, gestalten unser Miteinander und unsere Demokratie. Unsere pluralistische Demokratie ist stark, weil Menschen in Bürgerinitiativen und Parteien, Vereinen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Religionsgemeinschaften eine lebendige Zivilgesellschaft gestalten. Es ist Aufgabe der EU, diese Freiheitsrechte zu sichern.

Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament haben wir erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den Weg gebracht. So sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen überall in Europa rechtlich abgesichert arbeiten können.

Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für Menschen, die Diskriminierung, wie Antisemitismus, Rassismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit und Gewalt erfahren. Damit sie Betroffene angemessen beraten können, wollen wir die bestehenden Beratungsstrukturen weiter fördern und ausbauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So fördern wir Initiativen und Selbstvertretungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung und für die Gleichberechtigung aller Menschen stark machen und vor allem auch in Staaten aktiv sind, wo Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Minderheitenrechte besonders unter Druck stehen. Denn die Werte der Grundrechtecharta, wie beispielsweise die Versammlungsfreiheit, müssen wir auch in der EU stärken und sichern.

Wir treten der Einschränkung von zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen entschieden entgegen und setzen uns für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen innerhalb der EU ein.

Religion und Glauben sind Bestandteil unserer Kulturen und haben integrative Kraft für breite Teile der Gesellschaft. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und Einrichtungen, die zum Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv für eine vielfältige und freie Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres Glaubens, Nicht-Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt werden, verdienen unseren Schutz. Wir wollen den interreligiösen Dialog vertiefen und Gemeinden dabei unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in Kontakt zu bringen. Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf Augenhöhe unser vielfältiges Europa gestärkt wird.

Diskriminierung überwinden

Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger*innen-Rechte gelten für alle Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie müssen unabhängig davon gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie liebt, lebt oder glaubt. Ein Europa, das in seiner Vielfalt zusammenhält und die Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt, schafft demokratischen Fortschritt, Teilhabe und Freiheit für alle. Doch noch immer sind Menschen in Europa aufgrund von Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Gewalt und Ausgrenzung ausgesetzt. Wir wollen Diskriminierungen auf allen Ebenen abbauen. Um das Versprechen des vielfältigen Europas der Teilhabe einzulösen, muss die EU konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung vorgehen. Dabei wollen wir den Blick besonders auf Mehrfachdiskriminierungen lenken.

Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft tief verwoben. Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem stellen wir uns entschlossen

425 entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als Deutschland und dem Versprechen „Nie
426 wieder!“, dem sich auch Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah verpflichtet hat. Es
427 ist die Aufgabe aller Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu gewährleisten
428 und sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft sehen. Wir
429 befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für Sicherheitsprojekte, um sie
430 dabei zu unterstützen. Als Europäer*innen ist es nicht nur unsere Aufgabe, Antisemitismus in
431 all seinen Formen entgegenzutreten, sondern auch jüdisches Leben in seiner Vielfalt sichtbar
432 zu machen und zu stärken. Eine wichtige Bedeutung kommt dabei der Kultur zu. Die
433 Perspektiven jüdischer Künstler*innen sind wichtiger Bestandteil einer europäischen Kultur.
434 Diskriminierung und Boykotten gegen Jüdinnen und Juden muss daher entschieden
435 entgegengetreten werden. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und
436 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir politische und
437 kulturelle Bildungsangebote fördern.

438 Muslim*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa. Muslimisches Leben
439 gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten und verschwörungsideologischen
440 Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU nach langer Zeit endlich die Stelle der
441 EU-Koordinatorin gegen Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir stärken.

442 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und sich dabei
443 von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit Romani-Hintergrund werden
444 beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit oft benachteiligt. Damit die
445 politische Teilhabe und der Einsatz gegen Rassismus gegen Sinti*innen und Rom*innen gefördert
446 werden, richten wir ein europäisches Beratungsgremium ein. Diesem gehören unter anderem
447 Expert*innen, Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale
448 Gebietskörperschaften an. Wir setzen uns für die Einführung von verbindlichen Gesetzen zur
449 Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe ein.

450 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen, auf dem
451 Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen werden, sondern müssen
452 Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat das Potenzial, den Schutz gegen
453 Diskriminierung, sei es aufgrund der sozialen Herkunft, einer rassistischen Zuschreibung,
454 der sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder des Alters, zu verbessern. Dies wollen
455 wir konsequent nutzen. Um das Schutzniveau zu vereinheitlichen und zu stärken sowie
456 Schutzlücken zu schließen, wollen wir, unter anderem, dass die 5.

457 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird. Auch Deutschland soll seinen
458 Vorbehalt aufgeben. Wir stehen fest an der Seite von Menschen, die aufgrund von
459 Diskriminierung Gewalt erfahren und wollen sie beispielsweise durch den Zugang zu
460 rechtlicher, medizinischer und psychologischer Beratung unterstützen. Die systematische
461 Erfassung von Diskriminierungsfällen wollen wir europaweit stärken, um die europäische
462 Antidiskriminierungsarbeit zielgenau und wissenschaftlich fundiert weiterzuentwickeln.

463
464 Wir wollen die Forschung zu Rassismus und seinen unterschiedlichen Formen, wie zum Beispiel
465 anti-Schwarzen Rassismus europäisch fördern. Die UN-Dekade für Menschen afrikanischer
466 Herkunft treiben wir voran. Maßnahmen zum Abbau von Rassismus, Antisemitismus und
467 Diskriminierung sollen dabei unter kontinuierlicher Einbindung von Expert*innen und
468 Selbstvertretungsorganisationen erarbeitet werden. Wir wollen zudem, dass die EU die
469 Mitgliedstaaten zum Beispiel durch Schulungen dabei unterstützt, diskriminierenden
470 Einstellungen in den Strafverfolgungsbehörden entgegenzuwirken. Das Amt der bzw. des
471 Antirassismusbeauftragten der Europäischen Kommission soll gestärkt und über 2025 hinaus
472 besetzt werden. Wir unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen
473 Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU stärken. Wir
474 brauchen zudem eine unabhängige institutionelle europäische Förderung von Nationalen

475 Minderheiten. Damit Minderheitenrechte in der EU gewährleistet werden können, soll die
476 Zuständigkeit für den Schutz nationaler Minderheiten und autochthoner Volksgruppen innerhalb
477 der EU-Kommission verbindlich geregelt sein.

478
479 Aktuell wird die europäische Gesellschaft in ihrer Vielfalt im Personal der Europäischen
480 Kommission nicht ausreichend abgebildet. Wir wirken deshalb darauf hin, dass die Kommission
481 als Arbeitgeberin aktiv Konzepte zur diskriminierungssensiblen Öffnung, beispielsweise bei
482 Bewerbungsverfahren, weiterentwickelt und umsetzt.

483 **Queere Rechte schützen**

484 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben zu können,
485 ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den letzten Jahrzehnten viele
486 ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben wir, dass autoritäre Kräfte versuchen,
487 diese wieder zurückzudrehen. Noch immer haben queere Menschen nicht überall Zugang zu
488 diskriminierungsfreier Gesundheitsversorgung, einer selbstbestimmten Änderung ihres
489 Geschlechtseintrages oder zur Ehe. Nicht selten ist ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit
490 für lesbische, schwule, bi, trans, inter und queere Menschen (LSBTIQ*) nicht möglich, weil
491 ihre Rechte eingeschränkt oder sie unter anderem im Alltag angefeindet, pathologisiert oder
492 angegriffen werden und Queerfeindlichkeit in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet ist.
493 Das nehmen wir nicht hin und stellen uns diesen Versuchen klar entgegen, ganz egal aus
494 welcher Motivation sie geschehen oder von wem sie ausgehen. Wir wollen ein Europa, das die
495 sexuelle und geschlechtliche Vielfalt selbstverständlich anerkennt.

496 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LSBTIQ* Freedom Zone“
497 erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die EU-Kommission und der Rat
498 alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente – inklusive Vertragsverletzungsverfahren und
499 Sanktionen – nutzen, um das systematische Vorgehen von Regierungen gegen LSBTIQ*-Personen
500 sowie die Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen. Damit stärken wir die
501 Community in ihrem Kampf für ihre Rechte in diesen Ländern.

502
503 Um Queerfeindlichkeit zu bekämpfen, setzen wir uns dafür ein, dass die LSBTIQ*
504 Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission über 2025 hinaus fortgeführt wird und
505 wirken auf ihre Weiterentwicklung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft hin. Wir wollen
506 eine EU-weite mehrsprachige Beratungshotline einrichten, an die sich Opfer von
507 Queerfeindlichkeit wenden können, um niedrigschwellige Beratung zu erhalten.

508 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – zum Beispiel mit zwei
509 Müttern, zwei Vätern, mehreren Elternteilen, alleinerziehend oder mit Mutter und Vater. Wir
510 setzen uns für die Gleichstellung von Zwei-Mütter-Familien und für ein
511 diskriminierungsfreies Leben von Regenbogenfamilien ein. Landesgrenzen dürfen nicht darüber
512 entscheiden, ob Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf Freizügigkeit muss
513 auch für Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir streiten dafür, dass eine in
514 einem EU-Land begründete Elternschaft, eingetragene Partnerschaft, erweiterte
515 Sorgerechtserklärung oder gleichgeschlechtliche Ehe in der gesamten Union anerkannt wird.

516 **Inklusive Gesellschaft verwirklichen**

517 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, die Benachteiligungen jeglicher Art überwindet und
518 allen Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Barrieren konsequent abzubauen,
519 sichert Zusammenhalt, Wohlstand und Freiheit. Die europäische Behindertenbewegung hat sich
520 erfolgreich für ihr Recht auf Gleichstellung und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung
521 der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle
522 Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben im Weg
523 stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass dies endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

524 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von
525 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir insbesondere die
526 Teilhabe an Arbeit und Ausbildung im regulären System fördern und konsequent ausbauen. Die
527 Kommission soll die Fortschritte in den Mitgliedstaaten regelmäßig überprüfen. Das
528 Werkstättensystem wollen wir in Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickeln – denn
529 sozialer Schutz und Mindestlöhne müssen auch für Menschen mit Behinderung gelten. EU-Mittel
530 sollen nicht in Arbeitsformen fließen, die Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention
531 entgegenstehen und Inklusionsunternehmen stärker gefördert werden.

532
533 Der bedarfsgerechte Ausbau von bezahlbaren barrierefreien und behindertengerechten Wohnungen
534 sowie von selbstbestimmten Wohnformen ist und bleibt eine zentrale Aufgabe bei der
535 Gestaltung der inklusiven Gesellschaft.

536 Menschen mit Behinderungen sind stärker von Gewalt betroffen als nichtbehinderte Menschen.
537 Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt für alle Menschen in Europa gilt. Wir setzen uns
538 dafür ein, dass Zwangssterilisationen, die insbesondere Frauen und Mädchen mit Behinderungen
539 betreffen, in Europa beendet und unter Strafe gestellt werden.

540
541 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen mit
542 Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte Personen erleben in
543 ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe am öffentlichen Leben
544 einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie, der
545 sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten – auch in Deutschland
546 – fristgerecht umgesetzt und durchsetzbar wird. Um die Mitgliedsstaaten dabei zu
547 unterstützen, Maßnahmen zur Barrierefreiheit kohärent umzusetzen, wollen wir ein EU-
548 Barrierefreiheitszentrum einrichten.

549
550 Das Amt der Gleichstellungskommissar*in wollen wir stärken und verstetigen. Bürokratische
551 Hürden und technische Normen, die Menschen mit Behinderung an ihrer Teilhabe hindern, wollen
552 wir abbauen und auf Barrierefreiheit prüfen.

553 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung zu garantieren, wollen
554 wir einen niedrigschwellig beantragbaren europäischen Schwerbehindertenausweis einführen,
555 gegenseitige Anerkennung nationaler Definitionen von Behinderung und barrierefreies Reisen
556 durch ganz Europa umsetzen. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

557 **4. Eine lebendige Kulturlandschaft**

558 **Kultur als Säule der Demokratie**

559 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht aus dem
560 Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von außen und der
561 beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert an sich und zugleich ein
562 unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn in ihr finden Austausch und
563 Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste Weise statt. Eine offene und
564 vielfältige Kultur ist der beste Schutz gegen nationalistisches Denken, Abschottung und
565 Unfreiheit. Wegen ihrer Unverzichtbarkeit für eine gefestigte demokratische Gesellschaft
566 werden Kultureinrichtungen und Kulturschaffende massiv von rechtsextremen Kräften unter
567 Druck gesetzt und sogar angegriffen. Wir verteidigen deshalb die freie Kunst und Kultur
568 gegen Antidemokrat*innen und staatliche Eingriffe und unterstützen sie durch eine
569 öffentliche Förderung, die künstlerische Kreativität auch jenseits der Marktlogiken
570 ermöglicht.

571 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb finanziell ausbauen und deutlich
572 vereinfachen, um die Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler*innen und
573 Kulturveranstalter*innen in ganz Europa zu ermöglichen. Es soll sich als Dienstleister für

574 Kulturschaffende verstehen, der ansprechbar ist sowie schnell und zielgerichtet unterstützt.
575 Insbesondere die freien Szene soll neue Zugänge erhalten um europäischen Austausch zu
576 stärken, zum Beispiel für Ensembles und Gruppen, die über Grenzen hinweg zusammenarbeiten.
577 Dazu erarbeiten wir auch Angebote für Gruppen, die aufgrund von Flucht und Migration
578 getrennt wurden.

579 Die EU muss Garantin und Unterstützerin sein für die Freiheit der Kultur und ihrer Vielfalt.
580 Deswegen wollen wir die Kulturförderung so gestalten, dass sie auch denjenigen offen steht,
581 die über wenig Eigenmittel oder keine nationale Förderung verfügen.

582 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische Dimension der
583 Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt. Wir wollen daher im Rahmen
584 von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem Beratung und Finanzierung für den Wandel
585 der europäischen Kulturzusammenarbeit hin zur Klimaneutralität gebündelt werden. Auch die
586 Idee des Neuen Europäischen Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für
587 klimaneutrales Bauen und Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter ausbauen und als
588 eigene Mission in Horizont Europa verankern.

589 Grenzüberschreitender kultureller Austausch braucht darüber hinaus unbürokratische und faire
590 Regelungen bei der Besteuerung von Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit, die
591 Doppelbesteuerung vermeiden.

592 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres Kontinents erlebbar
593 und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept fortführen, dabei aber die
594 Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter gestalten.

595 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen und
596 vielfältigen Kultur- und Kreativwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen.
597 Sie gestalten Games, Filme, Serien oder Bücher, arbeiten in der Designwirtschaft, im
598 Kunstmarkt, der Musikwirtschaft, dem Pressemarkt, der Architektur, der Rundfunkwirtschaft,
599 den Darstellenden Künsten und dem Werbemarkt. Sie sind wesentliche Treiberinnen von
600 Innovation und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor hinaus. Diese Strukturen wollen wir
601 fördern und gegen die Marktmacht der großen internationalen Plattformen schützen, etwa indem
602 wir uns in Handelsabkommen für die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen. Die
603 lokale Struktur von Buchhandlungen wollen wir stärken, indem wir uns dafür einsetzen, dass
604 preisgebundene Bücher von den Regeln des europäischen Vergaberechts ausgenommen werden.
605

606 Mit dem KulturPass hat die Bundesregierung ein neues, innovatives kulturpolitisches
607 Instrument eingeführt: junge Menschen bekommen ein Budget, um Kunst und Kultur in all ihrer
608 Vielfalt und Breite entdecken zu können. Damit stärken wir auch Kultureinrichtungen.
609 Aufbauend auf analogen Projekten in Frankreich, Spanien und Italien wollen wir nun einen
610 gemeinsamen europäischen Kulturpass einführen, damit junge Menschen grenzübergreifend den
611 ganzen Reichtum und die große Vielfalt der Kultur in Europa erkunden und entdecken können.

612 **Kreative stärken**

613 Die Schaffenskraft von Künstler*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere lebendige
614 Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher Veränderungen müssen sie
615 ihren Platz in der Wertschöpfungskette der Kulturproduktion immer wieder neu behaupten. Das
616 gilt vor allem für die neuen Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI). Diese nutzt von
617 Menschen erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. KI-Produkte treten
618 dabei in Konkurrenz zu menschlichen Urheber*innen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass
619 Urheber*innen ihren Nutzungsvorbehalt und ggf. andere Rechte gegenüber kommerzieller KI
620 einfach und zentral und wo sinnvoll maschinenlesbar wahrnehmen können. Das Urheberrecht soll
621 weiterhin das kreative Schaffen natürlicher Personen schützen und darf nicht auf automatisch
622 generierte Inhalte von KI-Systemen ausgedehnt werden. Urheber*innen wollen wir bei der

623 fairen Vergütung ihrer Werke unterstützen und gleichzeitig den Zugang zu Wissen und Kultur
624 für alle stärken, um gute Voraussetzungen für die Kreativen von morgen zu schaffen.
625 Werknutzer*innen, ebenso wie Urheber*innen und auch andere Kulturschaffende wie
626 Schauspieler*innen oder Musiker*innen, müssen einen Platz am Tisch haben, wenn über die
627 Weichenstellungen der digitalisierten Kulturwelt verhandelt wird. Im Interesse der
628 Chancengleichheit wollen wir, wie die bisherige Ausleihe, auch die digitale Ausleihe (E-
629 Lending) von Inhalten im Kontext von Bibliotheken, Bildungs- und Forschungseinrichtungen
630 ermöglichen.

631 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler*innen und Kreative wollen wir die
632 Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden weiter stärken. Für
633 Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht, wollen wir einen sicheren Hafen
634 und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

635 Den Gender Pay Gap wollen wir auch in der Kultur schließen. Die Rolle von Frauen im
636 Kulturbereich werden wir stärken, indem wir uns in der EU beispielsweise für eine
637 paritätische Besetzung von Vergabegremien und Juries einsetzen.

638 **Medienfreiheit garantieren**

639 Freie und demokratisch ausgerichtete Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für unsere
640 öffentliche Meinungsbildung. Auch in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute
641 angegriffen. Wir unterstützen deshalb mehr Transparenz über Besitzverhältnisse und
642 verbindliche Instrumente, um gegen die Einschränkung von Pressefreiheit – sei es in Form
643 offener Zensur, durch die Kontrolle und Zentralisierung von Verlagseigentum oder auf anderem
644 Weg – vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen dem Grundsatz
645 der Staatsferne folgen müssen. Medienfreiheit bedeutet dabei auch, dass Journalist*innen und
646 Redakteur*innen im Rahmen professioneller Standards oder Redaktionsstatute frei arbeiten
647 können. Ein neues Europäisches Gremium für Mediendienste darf bestehende Medienrechte und -
648 freiheiten in Deutschland nicht aushebeln. Um Journalist*innen und ihre Quellen vor
649 Überwachung und Verfolgung zu schützen, fordern wir eine wirksame Regulierung sowie
650 richterliche Kontrolle des Einsatzes von Spähsoftware. Gegen einen missbräuchlichen Einsatz
651 gehen wir vor. Hinweisgeber*innen wollen wir vor Verfolgung wirksam schützen.

652 Übermäßige Konzentration an Medienbesitz, auch in einzelnen EU-Staaten, muss wirksam
653 verhindert werden - im Notfall auch über die Aufteilung von Unternehmen oder
654 Besitzstrukturen. Dafür ist die Transparenz über die Besitzverhältnisse unabdingbar. Das ist
655 eine Grundlage für eine vielfältige Presselandschaft, die es Journalist*innen ermöglicht,
656 frei und kritisch zu berichten.

657 Private Medien in Print und Online werden auch durch falsche Anreizstrukturen beim
658 Wettbewerb um Werbeeinnahmen und die Marktmacht der Social Media-Plattformen stark in ihrem
659 Wirtschaftsmodell beeinträchtigt. Das bedroht immer mehr Qualitätsmedien in ihrer Existenz
660 und ist ein drängendes Problem für die Meinungsvielfalt. Wir streben deshalb an, durch
661 geeignete Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote besonders im
662 Netz zu verbessern und auf der Ebene der Mitgliedstaaten praktikable
663 Finanzierungsinstrumente zur Stärkung journalistischer Inhalte, Entwicklung zukunftsfähiger
664 Geschäftsmodelle und einer flächendeckenden Versorgung mit journalistischen Angeboten zu
665 entwickeln. Soweit dabei neue Technologien wie generative KI zum Einsatz kommen, setzen wir
666 uns für eine klare Kennzeichnung von KI-erzeugten Bildern, Texten und Videos ein.

667 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung einer
668 gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb setzen wir uns für
669 einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des öffentlich-rechtlichen
670 Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den erfolgreichen Ansatz des Senders arte
671 ausbauen und ihn schrittweise zu einem gemeinsamen europäischen Angebot entwickeln. Darüber

672 hinaus setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
673 in Europa und für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und Medienangebote im
674 Netz ein. Auf diese Weise wollen wir langfristig ein vollwertiges europäisches, öffentlich-
675 rechtliches Medienangebot schaffen, mit einem umfassenden und länderübergreifenden Angebot
676 von Nachrichten über Sport und Kultur bis Unterhaltung, etwa in Form eines europäischen
677 Medienportals. Das ist auch ein Beitrag gegen Desinformation und Verschwörungsmythen. Wir
678 wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU ein Raum des freien
679 Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen die Presse- und Meinungsfreiheit
680 unterdrückt wird.

681 **Europäisch erinnern**

682 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller Gesellschaften. Europa
683 war nicht nur als Kontinent über Jahrhunderte von Krieg und Gewalt gekennzeichnet, von hier
684 gingen auch über Jahrhunderte Krieg und Gewalt aus.. Die EU als Friedensprojekt hat die
685 Aufgabe, diese Perspektiven zueinander in Beziehung zu setzen. Erinnerung soll einen Beitrag
686 zu Versöhnung und Verständigung leisten, nicht spalten. Dabei ist es wichtig, eine
687 multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch die Geschichte von bisher zu
688 Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir wollen grenzübergreifende
689 Zusammenarbeit stärken und setzen uns für den Erhalt bestehender sowie für die Schaffung
690 weiterer Orte der kollektiven Erinnerung, des Gedenkens und der Reflexion ein. Wir wollen
691 mit europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der Verständigung
692 widmen und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch überlagernden
693 Gewalterfahrungen durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die Unterdrückung durch die
694 Sowjetunion in ihrem komplexen Erbe verständlich und nachvollziehbar machen. Hierzu zählen
695 auch die Zusammenarbeit mit Schulen, Universitäten und Kultureinrichtungen sowie die
696 Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Bestrebungen nach einer Umdeutung
697 der Geschichte im Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden entgegen.

698 Allen Versuchen, einen „Schlusstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des
699 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen, stellen wir
700 uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten unvereinbar. Wir werden dies nicht
701 unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland, nicht in Europa, nirgendwo.

702 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord, Kolonialismus,
703 Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien.Selbst während der Entstehung
704 des europäischen Friedensprojektes bestanden koloniale Gewalt und wirtschaftliche Ausbeutung
705 fort.Viele europäische Staaten und Unternehmen waren in diese Verbrechen verwickelt und
706 Europa profitiert noch heute von den damals geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen wir
707 die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen, mit
708 Forscher*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus ehemals kolonisierten Gebieten
709 auch auf europäischer Ebene vorantreiben und uns um Wiedergutmachung bemühen. Dazu gehört
710 die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen, aber auch die
711 Förderung von Aufklärungsarbeit und Stärkung multiperspektivischer Geschichtsforschung. Die
712 Auswirkungen des Kolonialismus auf die heutigen Gesellschaften sollten sichtbarer werden.
713 Dazu wollen wir in thematisch passenden EU-Förderprogramme die erinnerungspolitischen
714 Dimension stärken.

715 **Fair Play im Sport**

716 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France – Sport steht
717 im Herzen von Europa. Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt
718 regionale Identitäten, sorgt für Gesprächsstoff und tragen zur Gesundheit bei. Im Zentrum
719 stehen die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden engagieren. Wir
720 wollen Organisationen und Initiativen stärken, die sich besonders für gesellschaftlichen
721 Zusammenhalt, Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen Ausgrenzung und Hass stark

722 machen. Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher zugänglich machen - auch
723 außerhalb Europas sollen Sportorganisationen als wichtige zivilgesellschaftliche
724 Partner*innen gestärkt werden.

725 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair und
726 transparent funktioniert und Vereine und Verbände im Einklang mit Gesetzen agieren. Betrug,
727 Doping und Korruption stehen seinem Wesen diametral entgegen. Wir wollen daher eine
728 unabhängige europäische Agentur etablieren, die sich mit NGOs, Anti-Korruptionsexpert*innen
729 sowie internationalen Ermittler*innen für Transparenz, Integrität und echte
730 Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im weltweiten Sport kümmert.

731 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür, dass
732 internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben. Wenn sie mit
733 klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische Fairness und Nachhaltigkeit
734 arbeiten, können sie damit weltweit einen Wettbewerbsvorteil erlangen und Zeichen setzen.
735 Wir setzen besonders auf eine grenzüberschreitende Ausrichtung von Sportereignissen, die
736 Klima und Umwelt schonen. So machen wir den europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.

737 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele Sportarten
738 sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der Sport Schäden. Wir
739 wollen durch ein neues europäisches Programm Wege aufzeigen, wie Europas vielfältige
740 Sportszene einen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele leisten und sich entwickeln kann.
741 Unser Ziel ist es, dass Sportveranstaltungen klimaneutral durchgeführt werden können.

742 **5. Flucht- und Migrationspolitik der Humanität und** 743 **Ordnung**

744 **Fluchtursachen bekämpfen**

745 Die Zahl der Vertriebenen durch Kriege, der Klimakrise oder fehlender wirtschaftlicher
746 Perspektiven hat sich weltweit in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die übergroße Mehrheit
747 der Menschen flieht innerhalb des eigenen Landes oder in die angrenzenden Regionen. Doch die
748 Auswirkungen der steigenden Fluchtzahlen merken wir auch in Europa. Wir stellen uns dieser
749 Verantwortung, denn Flucht und Migration sind eine historische und globale Realität und
750 werden es auch bleiben. Das Leid, das Menschen auf Fluchtrouten nach Europa und an den
751 europäischen Außengrenzen erleben, ist untragbar. Dass sich Menschen trotzdem auf diese
752 Routen begeben, zeigt, wie groß das Leid, die Gefahr und die Perspektivlosigkeit in vielen
753 Weltregionen sind.

754 Asylrechtsverschärfungen bekämpfen keine Ursachen von Migration. Die Politik der EU und
755 ihrer Mitglieder muss sich ihrer globalen Verantwortung stellen und auch dazu beitragen,
756 Menschen in ihren Heimatregionen ein sicheres und friedliches Leben zu ermöglichen. Mit dem
757 Ausbau verlässlicher humanitärer Hilfe sowie strukturbildender Übergangshilfe in
758 Krisenregionen können wir Menschen ihrer akuten Notlagen unterstützen. So tragen wir dazu
759 bei, das Leid unmittelbar vor Ort zu lindern. Mit Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe,
760 sowie mit fairen Handelsbeziehungen können wir langfristig zur Verbesserung der
761 Lebensperspektiven beitragen. Gleichzeitig darf sich Europa, insbesondere angesichts vieler
762 Krisen und Katastrophen nicht abschotten, sondern muss einen gerechten Teil der
763 Verantwortung für die Aufnahme von Schutzsuchenden übernehmen. Wir treten für einen
764 rechtsstaatlichen und menschlichen Umgang mit Schutzsuchenden in Europa ein.

765 **Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen**

766 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden Bevölkerung und sucht
767 händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unsere Zukunft zu sichern, müssen wir im
768 weltweiten Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte attraktiver werden und Einwanderung modern
769 gestalten. Dabei ist uns wichtig, dass die Interessen der Herkunftsländer mitbedacht werden,
770 denn auch dort werden Fachkräfte gebraucht. Statt bürokratischer und langwieriger Verfahren

771 wollen wir die Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung von Menschen mit verschiedenen
772 Qualifikationsniveaus mit EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelungen fördern. Hierzu zählt, die
773 Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten einheitlich und unbürokratisch zu
774 gestalten

775 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter ausbauen. Dafür
776 braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und eine Digitalisierungsoffensive,
777 damit Anträge schnell und auch digital gestellt werden können. Eine aktive Willkommenskultur
778 macht uns auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dafür müssen wir Rassismus und Ausgrenzung
779 entgegenreten. Wir wollen zielgenaue Integrationsmöglichkeiten für die unterschiedlichen
780 Formen der Migration in ganz Europa schaffen. Um Angebote für eine gute und schnelle
781 Integration vor Ort zu unterstützen, wollen wir den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds
782 (AMIF) stärken. So können sich Kommunen auf die Aufnahme von Fachkräften und ihren Familien
783 vorbereiten. Darüber hinaus müssen die Rechte der hier dauerhaft lebenden
784 Drittstaatsangehörigen geschützt und bewahrt werden. Deshalb unterstützen wir eine
785 Verbesserung der Daueraufenthaltsrichtlinie in diese Richtung. Wir wollen freiwillige
786 zirkuläre Migration fördern und zukünftige Fachkräfte auch in Europa ausbilden.

787 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne Papiere. Faire
788 Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu wollen wir mehrsprachige und
789 niedrigschwellige Beschwerde- und Beratungsstrukturen ausbauen, sowie gewerkschaftliche
790 Strukturen stärken, damit sich alle Arbeiter*innen an sie wenden können.

791 **Gemeinsame Asylpolitik angehen**

792 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert sowie die
793 humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen, wie die UN-Flüchtlingskonvention,
794 einhält. Von diesem Ziel sind wir momentan weit entfernt. Vielerorts werden auch an Europas
795 Grenzen und in EU-Staaten Menschenrechte von Geflüchteten verletzt, die Missachtung von EU-
796 Recht ist in der Asylpolitik Alltag geworden. Das hat nicht für Ordnung und Struktur,
797 sondern für mehr Chaos und Leid gesorgt. Das Dublin-System ist ungerecht und wird den
798 aktuellen Herausforderungen nicht gerecht.

799 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame EU-Asylpolitik ist nötig, um die
800 menschenunwürdigen und chaotischen Verhältnisse zu beenden. Reformen allein reichen dabei
801 nicht aus, geltendes EU-Recht muss auch durchgesetzt werden. Wir setzen uns dagegen ein,
802 dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von
803 Flüchtlingsrechten wird. Spielräume für Verbesserungen wollen wir nutzen. Mit einer fairen
804 und verbindlichen Verteilung von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den
805 Mitgliedstaaten. Abschottung und Grenzzäune schaffen Chaos und Leid, rechtsstaatliche
806 Verfahren, gute Integrationsangebote und menschenwürdige Bedingungen sorgen für Humanität
807 und Ordnung.

808 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung und
809 Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen Grenzmanagement
810 angewiesen. Unser Ziel ist ein verbindlicher Verteilmechanismus von Schutzsuchenden. Auf dem
811 Weg dorthin soll ein dauerhafter, verlässlicher und verbindlicher Solidaritätsmechanismus
812 die Verteilung maßgeblich verbessern.

813 Um die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen, müssen sich alle Mitgliedstaaten
814 einbringen – ob durch die Aufnahme von Schutzsuchenden oder durch finanzielle Unterstützung
815 für die Aufnahme von Geflüchteten. Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine
816 Kompensation. Mitgliedstaaten, die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt
817 und finanziell entlastet werden.

818 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken und Verantwortung zu übernehmen.
819 Diese Anstrengungen begrüßen wir und setzen uns für die Unterstützungen gerade jener

820 Kommunen ein, die diese nicht durch ihre nationalen Regierungen erfahren. Die Möglichkeit
821 des direkteren Zugangs von Kommunen und Hilfsorganisationen zum Asyl-, Migrations- und
822 Integrationsfonds (AMIF), möchten wir ausbauen. Bei der Integration kann europäische
823 Vernetzung und Austausch zwischen den Kommunen helfen. Das sieht man etwa an der
824 erfolgreichen Gründung von grenzüberschreitenden Netzwerken von Kommunen.
825 Wenn es um die Verteilung Geflüchteter auf der europäischen Ebene geht, möchten wir die
826 Ressourcen der Länder und Kommunen über einen Matching-Mechanismus mit den Bedürfnissen der
827 Geflüchteten in Einklang bringen. Dabei sollen etwa Familienbezüge, Sprachkenntnisse oder
828 Berufsabschlüsse berücksichtigt werden.

829 EU-Staaten, die durch die Anwendung der Massenzustromrichtlinie überproportional aufnehmen,
830 müssen hierfür von anderen Staaten eine faire finanzielle Unterstützung erhalten, so wie es
831 in der Richtlinie vorgesehen ist. Wir setzen uns gegen das sogenannte Screening innerhalb
832 des Hoheitsgebiets ein. Eine Registrierung von Minderjährigen darf nicht zur Verletzung der
833 Kinderrechte führen.

834 Die Massenzustromrichtlinie war ein gutes Werkzeug im Umgang mit der Millionen Geflüchteten
835 aus der Ukraine. Wir wollen die Erfahrungen dieses unbürokratischen und pragmatischen
836 Umgangs genau analysieren und daraus Vorschläge für die Asylpolitik entwickeln.

837 Es ist nicht hinnehmbar, dass einzelne Mitgliedsstaaten Geflüchtete so schlecht behandeln,
838 dass Gerichte ihr Verbleiben dort für unzumutbar halten. Jeder Mensch hat ein Grundrecht auf
839 Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die Aufnahme richtlinie sichert
840 Schutzsuchenden in jedem Mitgliedsstaat existenzsichernde und menschenwürdige Bedingungen
841 zu, rechtsstaatliche Standards müssen in der gesamten EU sichergestellt sein. Deswegen
842 setzen wir uns dafür ein, dass die EU-Kommission und der Rat die zur Verfügung stehenden
843 Instrumente nutzen, um die Missachtung von EU-Recht und die Kriminalisierung von humanitärer
844 Hilfe zu stoppen. Dazu gehört auch, EU-Gelder einzufrieren, wenn nationale Regierungen
845 systematisch EU-Recht brechen. Die EU-Asylagentur soll die Mitgliedstaaten insbesondere bei
846 den Asylverfahren unterstützen und hierbei eine zügige Bearbeitung von Asylanträgen unter
847 Einhaltung von rechtsstaatlichen Standards sicherstellen. Sie kann dazu beitragen,
848 Überlastung zu verhindern.

849 **Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen**

850 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf Freizügigkeit
851 bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der größten Errungenschaften
852 für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir dauerhafte und
853 stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

854 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren - dabei geht es nicht nur um
855 Migration. Denn für die Freiheit und Sicherheit im Inneren müssen wir auch wissen, wer nach
856 Europa kommt. Dass rechtsstaatliche Kontrollen oder eine zuverlässige Registrierung an den
857 Außengrenzen nichts mit rechtswidriger Abschottung gegen Asylsuchende zu tun haben, sehen
858 wir an der Fluchtbewegung aus der Ukraine. Millionen von Menschen werden zuverlässig
859 kontrolliert, konnten aber Schutz in der EU finden. Doch leider treffen viele andere
860 Asylsuchende an EU-Grenzen nicht auf rechtsstaatliche Kontrollen, sondern auf Unrecht und
861 Gewalt

862 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss europäischer Politik
863 nach außen setzt die Achtung von Recht und Werten im eigenen Handeln voraus. Mit dieser
864 Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das europäische Versprechen von Humanität und
865 Rechtsstaatlichkeit für Tausende jährlich an Stacheldraht und Patrouillenbooten zerschellt.
866 Wir stellen uns Verletzungen von Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Menschenrechten
867 ebenso entgegen wie dem rechtswidrigen Zurückdrängen von Geflüchteten.

868 Menschen, die bei uns in Europa Schutz suchen, müssen zuverlässig registriert, erstversorgt
869 und menschenwürdig untergebracht werden. Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
870 Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei immer und überall. Der Asylantrag von Menschen, die in
871 der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in Europa inhaltlich geprüft werden.
872 Grenzverfahren dürfen nicht dazu führen, dass weitere große Haftlager wie Moria an den
873 Außengrenzen entstehen, die die Würde und die Rechte von Schutzsuchenden verletzen. Der
874 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, stellen
875 wir uns entgegen.

876 Trotz der völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an Europas
877 Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind Misshandlungen
878 ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert oder sie werden in Seenot
879 ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass illegale Pushbacks rechtlich und
880 politisch konsequent geahndet und sanktioniert werden. Wir wollen außerdem die EU-
881 Grundrechteagentur stärken sowie das staatliche und zivilgesellschaftliche
882 Menschenrechtsmonitoring weiter ausbauen. Dabei soll ein unabhängiges Monitoring mit
883 Ermittlungsbefugnissen an den Außengrenzen ermöglicht werden. Hilfs- und
884 Menschenrechtsorganisationen sowie Anwält*innen benötigen jederzeit Zugang zu den
885 Geflüchteten und den Grenzregionen. Die freie Berichterstattung durch Journalist*innen muss
886 gewährleistet werden. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen immer auf der Basis von
887 Grund- und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache wollen
888 wir endlich beenden.

889 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die zunehmend von
890 europäischen Beamt*innen übernommen werden sollte. Deswegen wollen wir Frontex
891 rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich nicht an
892 menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze konsequent und zeitnah
893 beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf es
894 einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Wir setzen uns dafür
895 ein, dass Frontex nicht nur vom Europaparlament, sondern auch von nationalen Parlamenten
896 besser überwacht wird. Dazu gehört auch der Zugriff auf Einsatzberichte. Es muss einfacher
897 werden, Frontex für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, wie beispielsweise durch eine
898 eigene Haftungsgrundlage.

899 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete versorgen und
900 beraten. Dass Flüchtlingshilfe in vielen Staaten erschwert oder gar unter Strafe gestellt
901 wird, ist nicht hinnehmbar. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Unterstützung
902 Geflüchteter nicht behindert, sondern ermöglicht wird. Wir wollen sicherstellen, dass NGOs
903 und Anwält*innen ungehindert Zugang zu ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement
904 nachzugehen. Die Bedarfe von besonders schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, queeren
905 Menschen, Kindern oder Menschen mit Behinderungen müssen wir dabei besonders in den Blick
906 nehmen. Dazu gehören eine sichere Unterbringung sowie geschulte Beratungsstrukturen und
907 Dolmetschende. Ehrenamtliche Beratungsstrukturen leisten insbesondere für vulnerable Gruppen
908 wichtige Arbeit. Sie wollen wir unter anderem auch durch staatliche und professionelle
909 Unterstützung stärken.

910 Millionen Kinder fliehen allein oder mit ihren Eltern vor Kriegen, Gewalt, Hunger oder
911 politischer Verfolgung. Sie müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Kinder
912 müssen kindergerecht untergebracht und versorgt werden, dies gilt in Deutschland ebenso wie
913 an den Europäischen Außengrenzen für alle Kinder. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt
914 uneingeschränkt auch für geflüchtete Kinder, egal, wo sie sich befinden. Menschen dürfen
915 nicht einfach inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Familien mit Kindern sollten
916 grundsätzlich nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur
917 Durchführung von Grenzverfahren verpflichtet werden.

918 Migrationsabkommen, Spurwechsel und sichere Rückführungen

919 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und rechtsstaatliche
920 Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu unabhängigen Asylberatungen haben, um
921 ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. Der Rechtsweg gegen ablehnende Entscheidungen muss
922 immer offen stehen.

923 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer Aufenthaltserlaubnis führen.
924 Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie
925 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder
926 ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen sind immer
927 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige Rückkehr
928 Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir uns für eine
929 europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

930 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei denen
931 menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Eine Rückführung darf nur in
932 Länder erfolgen, zu denen die betroffene Person eine klare Verbindung hat. Dabei muss
933 sichergestellt sein, dass diese Staaten rechtsstaatliche Prinzipien im Umgang mit
934 Geflüchteten respektieren. Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin
935 falsch. Der Abschluss von Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten muss
936 menschenrechtsbasiert, die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Staaten partnerschaftlich und
937 auf Augenhöhe erfolgen. Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der
938 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden und soll auch der Bekämpfung von
939 Fluchtursachen dienen. Die Abkommen sollen der Bevölkerung Perspektiven geben und keine
940 autokratischen Regime stärken. Nur durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für die
941 Vereinbarungen, Rückführungen und geordnete und sichere Migration geschaffen werden.

942 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir nicht richtig, denn es löst keine
943 Probleme. Was hilft, ist: Ausländerbehörden vernünftig ausstatten, alle Asylverfahren
944 beschleunigen und die Qualität der Entscheidungen verbessern. Länder, die ihren
945 Staatsbürger*innen eine sichere Rückkehr garantieren, sollen zum Beispiel über
946 Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf geordnete Migration
947 erhalten. Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer
948 Strafe prioritär zurückgeführt werden.

949 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, teils mit hier geborenen Kindern, bringen
950 sich ein und stehen in Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere
951 Perspektive geben. Denn es ist nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in
952 die europäische Gesellschaft täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Im Gegenteil:
953 die Integrationsleistung und die Arbeit dieser Menschen wollen wir anerkennen. Wir setzen
954 uns deshalb für einen Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem ein.

955 Menschen in Seenot retten

956 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Als EU ist
957 es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand nicht zu verschließen.
958 Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene Leben oder das der Familie
959 und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass das Mittelmeer die
960 tödlichste Fluchtroute der Welt bleibt

961 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht endlich eine
962 europäische Initiative für eine staatlich koordinierte und finanzierte Seenotrettung.

963
964 Wir wollen auch die staatliche Unterstützung ziviler Organisationen, unter anderem
965 finanziell, verbessern. Der erfolgte Einstieg Deutschlands in die finanzielle Unterstützung
966 privater Seenotrettungs-NGOs ist hier ein wichtiger Schritt. Wir wollen weiterhin auch

967 andere EU-Staaten ermutigen, aktiv die Seenotrettung zu unterstützen. Wir stehen an der
968 Seite der Seenotretter*innen, die Menschenleben retten.

969
970 Alle Mitgliedstaaten der EU sind dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass
971 Seenotrettungsorganisationen ihre Einsätze gefahrlos absolvieren können. Die
972 Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in ihrer Arbeit behindert und
973 Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Die EU-Kommission sollte der Kriminalisierung von
974 Hilfsorganisationen entschieden entgegenreten. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit
975 haben, den nächstgelegenen sicheren Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und
976 versorgt werden können. Ein Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht behindert und
977 Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Um Menschenleben zu retten, treten wir für die
978 Verbesserung der staatlichen, unter anderem finanziellen, Unterstützung ziviler
979 Organisationen ein. Eine Ausschiffung in Ländern darf nicht erfolgen, wenn Geretteten dort
980 eine unrechtmäßige Behandlung droht. Das Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall.

981 **Sichere Fluchtwege schaffen**

982 Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, denn so schützen wir Menschenleben und legen
983 Schlepperbanden und Menschenhandel das Handwerk. Damit schützen wir auch vulnerable Gruppen,
984 die momentan kaum Fluchtmöglichkeiten haben.

985 Wir setzen dafür auf partnerschaftliche und menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen mit
986 Staaten außerhalb der EU.

987
988 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks UNHCR deutlich
989 auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen (UN) anerkannte und
990 besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und solidarisch auf die Aufnahmeländer
991 verteilt werden. Wir wollen, dass sich der Anteil nach der Wirtschaftskraft der Staaten
992 bemisst. Das EU-Resettlement muss sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren und darf das
993 individuelle Recht auf Asyl nicht schwächen.

994 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass Schutzsuchende Europa
995 erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen wir in besonderem Maße unserer
996 Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften gerecht werden. Wir wollen auch Menschen
997 unterstützen, die durch ihr Engagement für Demokratie, Frauen- oder Menschenrechte besonders
998 gefährdet sind. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Aufnahmeprogramme gestärkt werden.
999 Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und denen seit der Machtübernahme der
1000 Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen wir mit einem europäischen
1001 Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium fortzusetzen. Solche Programme wollen wir auch
1002 für andere Kriegs- und Krisengebiete vorantreiben, um Antworten auf die zunehmenden Gefahren
1003 für Wissenschaftler*innen und Studierende weltweit zu geben. Uns ist dabei wichtig den
1004 Menschen in Gefahr, unabhängig ihrer Staatsbürgerschaft, zu helfen, zum Beispiel mit
1005 europäischen Stipendienprogramme für Studierende in Gefahr.

1006
1007 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können. Familien gehören
1008 zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse die Integration.

1009 **6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität**

1010 **Polizeiliche Zusammenarbeit stärken**

1011 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige Institutionen, die
1012 Recht und Demokratie schützen, und er braucht Menschen, die oft unter großem persönlichen
1013 Einsatz diesen Auftrag erfüllen. Kriminalität findet grenzüberschreitend statt und
1014 verursacht enorme Schäden – sie bedroht die individuelle Sicherheit aller Menschen, unsere
1015 Lebensqualität, unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die zunehmende Vernetzung
1016 unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der Zusammenarbeit unserer

1017 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effektive Polizei- und Justizarbeit muss in
1018 einem vereinten Europa grenzüberschreitend stattfinden, schnelle Informationsflüsse
1019 gewährleisten, sowie im Einklang mit Freiheits- und Bürger*innen-Rechten stehen und nach
1020 rechtsstaatlichen Standards operieren. Wir setzen auf wirksame Prävention,
1021 Erfahrungsaustausch und gemeinsame Strafverfolgung.

1022 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll eigene
1023 operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität
1024 (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS) entwickeln wir weiter, um den
1025 Datenaustausch zu verbessern. Erfahrungen aus Polizei-IT-Projekten der Mitgliedsstaaten
1026 sowie die Rolle der Justiz lassen wir hierbei einfließen. Die Aufsicht von Europol durch das
1027 Europäische Parlament wollen wir stärken, um Transparenz sicherzustellen. Perspektivisch
1028 wollen wir ein Europäisches Kriminalamt aufbauen. Das heißt, dass die derzeit weitgehend
1029 befugnisfreie europäische Polizeibehörde Europol zu einer europäischen Polizei nach dem
1030 Vorbild des Bundeskriminalamts mit eigenen Ermittlungsteams ausgebaut wird. Neben dem Ausbau
1031 von Europol sind Austausch und Vernetzung der europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg:
1032 Die polizeiliche Zusammenarbeit fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-
1033 Investigation-Teams, die in enger Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Für erfolgreiche
1034 Kriminalitätsbekämpfung werden die besten Köpfe benötigt. Deshalb wollen wir, dass Europol
1035 und Eurojust auch Expert*innen einstellen können, die nicht aus den Polizei- oder
1036 Justizbehörden der Mitgliedsländer abgeordnet werden. Gemeinsame Zentren der Polizei in
1037 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

1038 In Praxis und Theorie wollen wir die europäische Polizeiarbeit auf Grundlage von
1039 Rechtsstaatlichkeit und Wissenschaft stärken. Dafür fördern und entwickeln
1040 Austauschprogramme für Polizist*innen weiter u. a. auch über das Programm ERASMUS+. Wir
1041 stärken die Kooperation und Forschung an Polizeihochschulen und Universitäten und fördern so
1042 eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen wir hierbei
1043 einbeziehen, insbesondere mit Blick auf die gemeinsame Bekämpfung der Organisierten
1044 Kriminalität und Finanzkriminalität.

1045 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

1046 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet Steuerzahler*innen
1047 und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und Rechtsstaat unterwandern.
1048 Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf investigative Journalist*innen, die
1049 Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche oder die politische Einflussnahme durch
1050 Korruption. Damit schädigt die OK insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen in Europa
1051 und hindert deren Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen Organisationen
1052 der OK vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den Blick. Dafür
1053 stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei und Justiz. Die
1054 europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir harmonisieren.

1055 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so auch
1056 Verbraucher*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den Kampf gegen die
1057 unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir konsequent führen und den Opfern
1058 besonderen Schutz zukommen lassen. Ein Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung der
1059 Umweltkriminalität und Agromafia: Die illegale Entsorgung von Müll, der illegale
1060 Holzeinschlag oder der Handel mit fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen enorme
1061 Schäden für Mensch und Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir eindämmen und
1062 nehmen hierfür die gesamte Produktions- und Handelskette in den Blick. Wir fördern
1063 bereichsübergreifende Ermittlungen, um besser gegen Überschneidungen der OK und anderen
1064 Kriminalitätsfelder, wie zum Beispiel Cybercrime oder Terrorismus, vorzugehen. Ein
1065 nachhaltiges Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der
1066 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir

1067 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK engagieren oder
1068 Ausstiegsprogramme für Mitglieder krimineller Organisationen anbieten.

1069 **Menschenhandel umfassend bekämpfen**

1070 Menschenhandel in all seinen Formen ist ein grenzüberschreitendes Verbrechen und eine
1071 Menschenrechtsverletzung. Jährlich werden enorme Gewinne durch kriminelle Gruppen erzielt.
1072 Trotz bestehender EU-Gesetzgebung und völkerrechtlicher Verpflichtungen der EU-
1073 Mitgliedsstaaten wird die Mehrzahl der Fälle von Menschenhandel bis heute nicht effektiv
1074 aufgeklärt bzw. strafrechtlich verfolgt. Die Formen des Menschenhandels sind vielseitig. Die
1075 häufigste Form ist die zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Betroffen sind vor allem Frauen
1076 und Mädchen. Eine weitere Form ist die der Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit. Dabei werden
1077 Arbeitsschutzstandards massiv unterlaufen und die Menschen in ausbeuterische
1078 Arbeitsverhältnisse gezwungen. Ihre Lebensumstände sind katastrophal. Auch die Ausbeutung
1079 für kriminelle oder erniedrigende Tätigkeiten oder gar die illegale Organentnahme gehören
1080 zum Menschenhandel.

1081 Opfer von Menschenhandel brauchen Schutz, sie müssen in ihren Rechten gestärkt werden, und
1082 sie brauchen Hilfe, auch bei der Bewältigung erlittener Traumata. Minderjährige Betroffene
1083 brauchen dabei besondere Aufmerksamkeit und Schutz. Wir wollen den Zugang zu Informationen
1084 über Opferrechte stärken und die Durchsetzung fördern sowie eine gute Koordination zwischen
1085 den Mitgliedstaaten, öffentlichen Verwaltungen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei
1086 muss der Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Betroffene wollen wir durch
1087 unabhängige, dauerhafte Bleiberechte und Schutzprogramme nachhaltig schützen.

1088
1089 Die EU-Organe sollen auf die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Menschenhandelsrichtlinie in
1090 den Mitgliedsstaaten hinwirken und sie dabei bestmöglich unterstützen. Die Mitgliedsstaaten
1091 sind gefordert, eigene Aktionspläne zur effektiven Bekämpfung von Menschenhandel zu
1092 entwerfen und umzusetzen, um so in Zukunft zu einer besseren Identifizierung der Opfer und
1093 Täter*innen sowie zu einer verbesserten Datenlage beizutragen.

1094 Wir schmieden Allianzen zwischen Fachberatungsstellen, zivilgesellschaftlichen
1095 Organisationen und der Wirtschaft. Wir setzen uns für Schulungen des Personals ein, das mit
1096 Opfern von Menschenhandel in Berührung kommt oder dabei helfen kann, Täter*innen zu
1097 identifizieren. Schließlich stärken wir eine entschlossene, grenzüberschreitende
1098 Zusammenarbeit der zuständigen Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden, um gegen den
1099 Menschenhandel vorzugehen und kriminelle Netzwerke zu zerschlagen.

1100 **Gegen Geldwäsche vorgehen**

1101 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat und
1102 Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100 Milliarden Euro jährlich
1103 „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele Tausende von Kleinanleger*innen
1104 geschädigt. Wir wollen entschieden gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität vorgehen. Auch
1105 den organisierten Steuer- oder Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen.
1106 Finanzermittlungen bieten häufig erste Ermittlungsansätze und können helfen, kriminellen
1107 Gruppen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Daher wollen wir Instrumente stärken, um
1108 insbesondere Finanzströme besser nachzuvollziehen sowie Geldwäsche und Vermögensverschiebung
1109 aufzuspüren. Für uns ist klar: Kriminalität darf sich nicht lohnen!

1110 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer schlagkräftigen
1111 Institution im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung entwickeln. Wir drängen
1112 darauf, dass alle EU-Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und internationale
1113 Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Beim Aufbau der AMLA arbeiten wir
1114 auch eng mit dem Privatsektor zusammen, um beispielsweise den Handel mit Kryptowährungen zu
1115 beleuchten und Maßnahmen zu ergreifen. Zusätzlich soll der automatische Austausch von

1116 Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass international auf
1117 Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan vorangetrieben wird. Wir setzen uns für ein
1118 europäisches Vermögensregister ein. Behörden sollten europaweit die wirtschaftlichen
1119 Eigentümer von Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von Kriminellen regelmäßig für
1120 Geldwäsche missbraucht werden.

1121 Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten der Transparenzregister, die zur Bekämpfung von
1122 Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung dienen, werden wir weiter einschränken. Der Zugang zu
1123 den Transparenzregistern soll für die Zivilgesellschaft, Journalist*innen, Forscher*innen
1124 und andere Gruppen mit berechtigtem Interesse einfach, kostenfrei und anonym möglich sein.
1125 Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen durch illegales Geld geschützt werden. So
1126 schützen wir auch Mieter*innen. Dafür werden wir die Transparenzvorschriften und Kontrollen
1127 beim Immobilienerwerb verbessern.

1128 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente im
1129 Bereich Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer Herkunft in
1130 Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen werden können. Für
1131 Bargeld werden wir EU-weit gültige Höchstgrenzen festlegen, um den Transfer von
1132 inkriminierten Finanzmitteln zu erschweren. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF
1133 werden wir personell und finanziell stärken, damit es wirksam gegen Betrugs- oder
1134 Korruptionsstraftaten, zum Beispiel die Veruntreuung von europäischen Fördergeldern,
1135 vorgehen kann.

1136 **Terrorismus stoppen**

1137 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch und
1138 rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie sind eine Gefahr für
1139 die öffentliche Sicherheit. In den letzten Jahren hat die grenzüberschreitende Vernetzung
1140 von gewaltbereiten Gruppen und Akteur*innen zugenommen. Die EU kann und muss hier einen
1141 wirkungsvollen Beitrag zum Schutz leisten. Eine konsequente und gut abgestimmte polizeiliche
1142 wie nachrichtendienstliche europaweite Zusammenarbeit mit einheitlichen rechtsstaatlichen
1143 Standards und Definitionen ist notwendig, um gegen Terror vorzugehen. Wir wollen hierfür die
1144 Stelle des Anti-Terror-Koordinators bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und
1145 die Mitgliedstaaten zu mehr Austausch und Kooperation verpflichten.

1146 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die politische
1147 Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den europaweiten
1148 Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Dazu zählt die
1149 Bildungsarbeit an Schulen oder Jugendeinrichtungen. Programme zur Deradikalisierung oder
1150 Angebote für Aussteiger*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene wollen wir
1151 EU-weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen, wie beispielsweise
1152 die verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates, beobachten wir genau.
1153 Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft lassen wir hierbei einfließen.
1154 Onlineplattformen, Online-Gaming und Messenger spielen eine wichtige Rolle bei der
1155 Verbreitung von Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Anbieter solcher Dienste entschiedener
1156 dagegen vorgehen und entsprechende Inhalte löschen.

1157 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem Terror die
1158 operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich terroristische und
1159 kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den Zugang zu Schwarzmärkten und
1160 legen wichtige Finanzquellen trocken oder erschweren Zugang zu Waffen. Wir setzen uns für
1161 gemeinsame Standards und einen intensiven Austausch bei der Verfolgung von Terrorist*innen
1162 ein.

1163 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter*innen braucht es ein europaweit einheitliches
1164 Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen Gründen ihre Spur

1165 verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-weit einheitlich definieren,
1166 um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung sicherzustellen.

1167 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt,
1168 dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht verfügbar sind. Wir
1169 wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen einschränken und den Schwarzmarkt
1170 austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen, beispielsweise Sammlerstücke, wollen wir
1171 wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr
1172 möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir
1173 setzen uns für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für
1174 Waffenbesitzer*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen wollen wir
1175 durch ein strenges Monitoring unterbinden.

1176 **Nachrichtendienste effektiv aufstellen**

1177 Grenzüberschreitender Terrorismus, rechtswidrige Aktivitäten ausländischer Geheimdienste,
1178 Wirtschaftsspionage oder Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und offene
1179 Gesellschaft. Besonders autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran, aber auch
1180 kriminelle Gruppierungen nehmen dabei die gesamte EU in den Blick. Teilweise koordinieren
1181 sie ihre Vorgehen in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele hierfür sind die massiven
1182 Verbreitungen von Falschnachrichten - auch zur Beeinflussung von Wahlen, Angriffe auf
1183 Oppositionelle auf EU-Territorium oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Dem
1184 müssen wir uns in der EU gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die Nachrichtendienste
1185 spielen dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer wehrhaften Demokratie.

1186 Wir fordern effektive und rechtsstaatliche Nachrichtendienste, mit denen wir die Sicherheit
1187 der EU besser gewährleisten können. Bislang wird ihre Arbeit oft dadurch behindert, dass
1188 Informationen und Erkenntnisse nicht ausreichend in den bereits bestehenden europäischen
1189 Strukturen geteilt werden können. Deshalb wollen wir für eine bessere Zusammenarbeit der
1190 europäischen Nachrichtendienste eine europäische Nachrichtendienstagentur (ENA) gründen, die
1191 die bereits bestehenden sowohl zivilen als auch militärischen europäischen
1192 nachrichtendienstlichen Strukturen auf klarer rechtsstaatlicher Basis weiterentwickelt.

1193 Sie soll in den Mitgliedstaaten gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher
1194 Vorgaben, zusammenführen, um die europäische Analysefähigkeit zu stärken. So können
1195 strategische und langfristige sicherheitspolitische Einschätzungen abgegeben werden. Es
1196 braucht starke, effektive und demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Mechanismen zur
1197 Kontrolle der Agentur, die wir unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeiten
1198 wollen.

1199 Wir wollen bei der Entwicklung europäischer IT-Lösungen im Bereich der Nachrichtendienste
1200 stärker zusammenarbeiten, um so auch hier die digitale Souveränität zu sichern. Wir setzen
1201 uns dafür ein, dass nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf klaren Rechtsgrundlagen
1202 stehen, angemessen begrenzt und in allen Mitgliedstaaten unter eine starke parlamentarische
1203 Kontrolle gestellt werden. Nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Instrumente müssen
1204 evaluiert werden und im Einklang mit Bürger*innenrechten stehen. Einen rechtswidrigen
1205 Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den Nachrichtendiensten lehnen wir ab.
1206 Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Vernetzung und Kooperation der
1207 mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf der europäischen Ebene ein.

1208 **Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen**

1209 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen einheitlichen
1210 europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von der Organisierten
1211 Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir insbesondere das Strafrecht
1212 weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in die Liste der EU-Straftaten aufnehmen,

1213 damit sie europaweit verfolgt werden kann. Dazu braucht es auch ein einheitliches
1214 europaweites Monitoring und regelmäßige Dunkelfeld- und Viktimisierungsstudien.

1215 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen stärken: Die
1216 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)
1217 wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und die Europäische Staatsanwaltschaft
1218 (EUStA) ausbauen. Sie soll zukünftig auch bei grenzüberschreitenden Sachverhalten im Bereich
1219 von Terrorismus und OK zuständig sein. Grenzüberschreitende Strafverfahren wollen wir
1220 vereinfachen und in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam durchgeführt werden können.
1221 Durch die Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen Rechtsverkehrs unter
1222 Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine schnellere und
1223 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa. Es ist unser aller Auftrag, Kinder vor
1224 sexualisierter Gewalt zu schützen. Notwendig dafür sind Strukturreformen genauso wie
1225 Investitionen in Präventionsarbeit sowie mehr Personal in Beratungsstellen und bei der
1226 Polizei. Statt Überwachung aller privaten Chat- und Messenger-Nachrichten („Chatkontrolle“)
1227 setzen wir uns für gezielte Maßnahmen ein.

1228 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger*innen: Wir treten für einen effektiven Rechtsschutz
1229 von Beschuldigten und Verteidiger*innen ein. Hinweisgeber*innen, Zeug*innen und
1230 investigative Journalist*innen spielen eine herausragende Rolle bei der Aufklärung von
1231 Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb besser schützen. Dafür schlagen wir
1232 ein EU-Netz vor, das europaweit einen wirksamen Schutz für Menschen bietet, die bei der
1233 Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei
1234 unterstützen, bei der Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz zusammenzuarbeiten.
1235 Das wollen wir nutzen. Aussagen von Kronzeug*innen sollen künftig eine größere Rolle bei der
1236 grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

1237 **Die Bevölkerung schützen**

1238 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche
1239 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und gigantische
1240 Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere Kritische Infrastruktur
1241 unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern unserer modernen Gesellschaft. Sie
1242 versorgen uns mit Energie oder Informationen. Einzelne Mitgliedstaaten sind mit Bedrohungen
1243 dieses Ausmaßes schnell überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und Koordination
1244 praktisch helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent schützen. Wir
1245 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und zusammendenken. Dabei
1246 nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein verbindliches IT-
1247 Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf digitale Systeme zu verhindern.

1248 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise unabsehbaren Folgen
1249 weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen Bevölkerungsschutzes kann dabei helfen,
1250 Schäden zu reduzieren. Wir wollen das europäische Katastrophenschutzverfahren weiter stärken
1251 und mit eigenen europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst eine echte
1252 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden. Um die
1253 Bevölkerung und insbesondere vulnerable Gruppen besser vor extremen Hitzewellen zu schützen,
1254 wollen wir die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, gemeinsame Hitzeschutzkonzepte zu
1255 entwickeln. Europa braucht zudem bessere Vorbereitung auf transnationale Katastrophen.
1256 Deswegen wollen wir gemeinsame Pläne zur Risikovorsorge und -bewältigung auf den Weg bringen
1257 und über alle Planungsprozesse hinweg mitdenken. Den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und
1258 zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe bei Erdbeben oder anderen Großschadenslagen wollen wir
1259 ausbauen.

1260 **7. Digitale Bürgerrechte**

1261 **Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern**

1262 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die Art, wie wir
1263 zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer Werte eine
1264 Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU dabei als Vorbild und
1265 Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einer globalisierten digitalen Welt
1266 stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung der digitalen Dimension die Rechte der Menschen
1267 immer mitdenken. Menschen haben das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von KI noch
1268 anderen Technologien vereinnahmt zu werden.

1269 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige Gesellschaft
1270 abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum übertragen wird. Wir
1271 fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und eine aktive Beteiligung von
1272 Frauen an den Gestaltungspositionen der Digitalisierung. Wir wollen den völkerrechtlichen
1273 Rahmen für den digitalen Raum stärken und uns dabei an dem Leitbild eines freien, offenen,
1274 globalen und sicheren Internet orientieren.

1275 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die anlasslose
1276 Vorratsdatenspeicherung oder Chatkontrolle, biometrische Gesichtserkennung, die Überwachung
1277 von Verhalten oder Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien zur Erkennung von
1278 Emotionen oder die Zuschreibungen von teils höchst persönlichen Eigenschaften wie
1279 Geschlecht, sexuelle Orientierung, politische oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen
1280 wir auch aufgrund der möglichen Auswirkungen auf bereits marginalisierte Gruppen ab. Die
1281 Forschung und der Einsatz besonders von Emotionserkennung zur Unterstützung im medizinischen
1282 und sozialen Bereich sollen davon aber nicht betroffen sein. Das Recht auf digitale
1283 Privatsphäre, auf eine sichere Kommunikation und Ende-zu-Ende-Verschlüsselung wollen wir
1284 stärken und ausbauen. Die anonyme Nutzung des Internets wollen wir schützen. Besonderes
1285 Augenmerk soll dabei auf die einfache Verwendung durch Nutzer*innen gelegt werden. Sie ist
1286 gerade für eine freie Presseberichterstattung oder für die Arbeit von oppositionellen
1287 Kräften in autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

1288 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung entsprechender
1289 Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der EU wird Spyware
1290 eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Den Einsatz von Spyware wollen wir
1291 strenger regulieren und die parlamentarische Kontrolle stärken. Gegen eine missbräuchliche
1292 Nutzung, zum Beispiel zur Überwachung von Journalist*innen oder Staatsanwält*innen, muss
1293 stärker vorgegangen werden.

1294 Nicht alle Menschen haben die Möglichkeit, die digitalen Dienste voll zu nutzen. Auch wenn
1295 die Digitalisierung in schnellen Schritten voranschreitet, setzen wir uns dafür ein, dass
1296 Dienstleistungen, die für die für eine Teilhabe in der Gesellschaft notwendig sind, wie zum
1297 Beispiel die von Ärzt*innen, Behörden, Banken oder des ÖPNV auch ohne zusätzliche Kosten
1298 analog zugänglich bleiben.

1299 **Gegen Hass und Desinformation im Netz vorgehen**

1300 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung der
1301 Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen erlauben es heute,
1302 dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste Weise aufbereitet und diskutiert
1303 werden können.

1304 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet. Wahlen und
1305 andere
1306 Meinungsbildungsprozesse sowie das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen sollen
1307 bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Dem stellen wir uns
1308 beispielsweise mit
1309 Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz oder einer Förderung von Faktencheck-Plattformen
1310 entschieden entgegen. Wir wollen eine mögliche Aufnahme von systematischer Desinformation in

1311 den Katalog der EU-Straftaten prüfen. Wir treten außerdem dafür ein, dass Sanktionen gegen
1312 Propagandaplattformen, die gezielt Desinformationen verbreiten, etwa Russia Today,
1313 konsequent durchgesetzt werden. Wir wollen, dass regelmäßig und europaweit Lagebilder zu
1314 Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für eine effektive Bekämpfung zu
1315 schaffen.

1316 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen Orten an. Mit
1317 offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu drängen. Die Instrumente
1318 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie von Hass und Hetze müssen konsequent angewendet
1319 werden. Gegen die Veröffentlichung von Nacktbildern ohne Zustimmung von Betroffenen muss
1320 stärker vorgegangen werden. Algorithmen und Targeting dominanter Digitalplattformen tragen
1321 dazu einen wesentlichen Beitrag, indem sie Hassnachrichten und Desinformation verstärkt
1322 verbreiten. In der Folge ziehen sich von Hassrede betroffene Personen häufig zurück oder
1323 schränken ihre Meinungsäußerung ein – zum Schaden der demokratischen Debatte.

1324 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Hassrede muss
1325 konsequent gelöscht und verbreitende Accounts müssen gesperrt werden. Wir setzen uns für
1326 schnell und einfache Verfahren ein. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-
1327 Gesetz haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um mit Nutzer*innen-Rechten, Transparenz
1328 und klaren Regeln Hassrede entgegenzutreten, ein demokratischeres Internet zu schaffen und
1329 Wettbewerb wiederherzustellen. Diese Regeln gilt es, jetzt in Deutschland und Europa
1330 konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln. Hass und Desinformation dürfen sich als
1331 Geschäftsmodell nicht lohnen. Wir wollen Maßnahmen prüfen, um solche Geschäftsmodelle
1332 trockenulegen, etwa durch die Abschöpfung der hierdurch erzielten Erträge.

1333 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene Personen
1334 einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür wollen wir auch eine
1335 europaweite Opferberatung und niedrigschwellige Hilfsangebote etablieren.

1336 Zivilgesellschaftliche Organisationen sollen Betroffene in Verfahren vertreten oder bei
1337 Fällen von Volksverhetzung auf eigene Initiative tätig werden dürfen.

1338 Die Einrichtung von Spezialdienststellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in den
1339 Mitgliedstaaten wollen wir unterstützen. Die konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann
1340 auch durch die rechtlich gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem
1341 Material, zum Beispiel Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den
1342 Ermittlungsbehörden überprüft wird. Europol soll gegen europaweit agierende Netzwerke
1343 vorgehen, die gezielt Hass und Hetze im Netz verbreiten.

1344 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von Desinformation eine
1345 wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen ohne Überprüfung aus den
1346 sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei der Verbreitung von Falschinformationen
1347 mitwirken. Die Verbreitung von hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten Deepfakes, oder
1348 durch KI manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger erscheinen und ist
1349 für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-Gesetzes
1350 erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein wichtiger Baustein der
1351 Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt in der Stärkung der
1352 Informationskompetenz, damit Menschen besser Desinformationen erkennen können.

1353 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten, müssen
1354 entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen Nutzer*innen werden.

1355 **Europas IT schützen**

1356 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser Zusammenleben
1357 spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste Schutz vor Cybercrime aber
1358 liegt in der Prävention und in der Resilienz digitaler Systeme. Wir sorgen für eine

1359 konsequente Etablierung von hohen IT-Sicherheitsanforderungen in digitalen Produkten,
1360 Diensten und Prozessen. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der aktualisierten EU-
1361 Richtlinie zur Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu etablieren. Um die
1362 Sicherheit von IT-Produkten für Verbraucher*innen transparent zu machen und das IT-
1363 Sicherheitsniveau im privaten Bereich zu erhöhen, wollen wir die Einführung eines IT-
1364 Sicherheitskennzeichens auf europäischer Ebene prüfen. Wir wollen die europäische Kooperation
1365 im Bereich der Cybersicherheit deutlich stärken und setzen uns für eine gemeinsame,
1366 europäische Sicherheitsarchitektur ein. Die Agentur der Europäischen Union für
1367 Cybersicherheit, die Arbeit des europäischen Information Sharing and Analysis Center (ICAC)
1368 sowie das außenpolitische Instrument der „Cyber Diplomacy Toolbox“ entwickeln wir hierfür
1369 weiter.

1370 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen wir
1371 eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von Cyberoperationen
1372 begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und Verwaltungssysteme sind eine
1373 Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir setzen uns für einen norm- und
1374 regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie und internationaler Zusammenarbeit geprägt
1375 ist. Gleichzeitig geht Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier wollen wir
1376 Kompetenzen in der EU ausbauen.

1377 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für sichere „Digitale
1378 Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich relevante Datenbanken und
1379 technische Infrastrukturen in anderen europäischen Mitgliedstaaten gesichert vorgehalten
1380 werden können, um auch in Krisen- und Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und den Zugang
1381 zu Daten, zum Beispiel von Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz oder den
1382 Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

1383 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen haben auch zu
1384 einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die Strafverfolgung
1385 reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime kennt ebenso wie das Internet
1386 keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von Europol bei der Bekämpfung von Kriminalität
1387 im Netz. Auch die europaweite polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und Bekämpfung
1388 stärken wir. So gehen wir auch entschieden gegen die Verbreitung von sexualisierten
1389 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor, indem wir die
1390 Ermittlungsbehörden personell, technisch und verfahrensrechtlich stärken. Hierzu wollen wir
1391 auch die Möglichkeit von automatisierten Anwendungen zur Ermittlungsunterstützung nutzen.
1392 Wir wollen mit gezielten Kampagnen die Bürger*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die
1393 im Internet begangen werden.